

Die Nato auf dem Weg von Warschau nach Brüssel

Tagung des Nato-Militärausschusses
Mitte Januar in Brüssel.



imago/ZUMA Press

Von Hans-Dieter Lucas

Anderthalb Jahre nach dem Nato-Gipfel in Warschau im Juli 2016 und ein halbes Jahr vor dem nächsten Gipfel in Brüssel kann das Bündnis eine positive Zwischenbilanz des seit Warschau Erreichten ziehen. In Warschau hatte die Allianz nicht nur ein starkes Signal der Einheit ausgesendet, sondern auch weitreichende Beschlüsse zur Anpassung der Allianz an strategische Veränderungen in ihrem Sicherheitsumfeld getroffen. Zu diesen Veränderungen zählen im Osten die russische Politik gegenüber der Ukraine, im Süden der Krisenbogen von Libyen bis Afghanistan sowie neue Herausforderungen wie Gefahren aus dem Cyber-Raum.

Die Nato hat hierauf vor allem in dreifacher Weise geantwortet: durch die maßvolle Stärkung von Abschreckung und Verteidigung, Maßnahmen zur Stabilisierung der südlichen Peripherie und eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU.

Im Hinblick auf die Herausforderungen im Osten hat die Nato mit der verstärkten „Vornepräsenz“ in den baltischen Staaten und Polen („enhanced Forward Presence“) und einer „tailored Forward presence“ in Südosteuropa eine klare und zugleich maßvolle Antwort gegeben. Die vier Bataillone – darunter das von Deutschland geführte Bataillon in Litauen – waren bereits ein Jahr nach dem Gipfel in Warschau voll operationsfähig. Es handelt sich dabei nicht um eine permanente Stationierung substanzieller Kampftruppen; vielmehr macht die Nato unter Beachtung der Nato-Russland-Grundakte durch den multinationalen Charakter der Verbände deutlich, dass im Falle einer Krise die gesamte Allianz involviert wäre. Gleichzeitig hat die Nato den Dialog mit Russland im Rahmen des Nato-Russland-Rats seit Warschau wieder verstärkt.

Den Herausforderungen im Süden begegnet die

Nato durch eine Reihe von Maßnahmen unter dem Begriff „Projecting Stability“. Es geht dabei vor allem um Training, Beratung und Ausbildung im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit dem Ziel, die Staaten der südlichen Peripherie durch den Aufbau von Kapazitäten im Verteidigungs- und Sicherheitssektor zu stärken. Beispiele sind die Ausbildungsunterstützung für irakische Soldaten in Jordanien und im Irak selbst, die Unterstützung der Anti-IS-Koalition mit AWACS-Flügen, die Schaffung einer koordinierenden Stabsstelle in der Nato-Kommandostruktur in Neapel („Hub for the South“) und schließlich das fortgesetzte Engagement der Nato und ihrer Partner in Afghanistan. Diese Maßnahmen dienen auch der Bekämpfung des Terrorismus.

Die seit dem Warschauer Gipfel vorangetriebene engere Zusammenarbeit mit der EU beruht auf einer doppelten Einsicht: Einerseits sind Nato und EU geborene Partner ob der großen Schnittmenge von Staaten, die beiden Organisationen angehören, und der gemeinsamen Werte, die beide Organisationen teilen. Andererseits sind weder Nato noch EU in der Lage, die neuen Sicherheitsherausforderungen im Alleingang zu meistern. Seit Warschau haben Nato und EU ihre Zusammenarbeit auf eine neue Ebene gehoben: durch mehr abgestimmtes Vorgehen etwa bei der Abwehr hybrider Bedrohungen, bei maritimer Zusammenarbeit wie der Nato-Unterstützung für die EU-Mission „Sophia“, auf dem Feld der strategischen Kommunikation angesichts von Desinformationskampagnen. Angesichts der neuen Dynamik in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gewinnt auch die koordinierte Entwicklung von Fähigkeiten wachsende Bedeutung.

All das zeigt: Die Nato hat seit Warschau ihre Handlungsfähigkeit und ihre Einheit eindrucksvoll unter Beweis gestellt – und dies in einem

nicht einfachen Umfeld. Die sicherheitspolitische Weltlage hat sich seit Warschau nicht entspannt, im Gegenteil. Der Ukrainekonflikt ist weiterhin nicht gelöst, der Irak steht nach der Zurückdrängung des sogenannten Islamischen Staates vor der gewaltigen Aufgabe des Wiederaufbaus und der dauerhaften Stabilisierung. Andere Entwicklungen wie das nordkoreanische Nuklear- und Raketenprogramms bringen neue Unsicherheit. Viele dieser Faktoren fallen zwar nicht direkt ins Aufgabenspektrum der Nato, bestimmen aber maßgeblich das Umfeld, innerhalb dessen sie operiert.

Für den Gipfel in Brüssel am 11. und 12. Juli 2018 bedeutet dies, dass die Nato ihre Arbeit im Sinne ihrer drei Kernaufgaben, nämlich der kollektiven Verteidigung, des Krisenmanagements und der kooperativen Sicherheit fortsetzen muss. Zur weiteren Verbesserung ihrer Verteidigungsfähigkeit arbeitet die Nato derzeit an einer Reform ihrer Kommandostruktur und ihrer Fähigkeit zur raschen Verlegung von Truppen in Europa. Schließlich bleibt eine ausgewogene transatlantische Lastenteilung durch Steigerung europäischer Verteidigungsausgaben ein wichtiges Thema. Hier wurden seit Warschau deutliche Fortschritte erreicht, viel bleibt aber noch zu tun – auch in Sachen Effizienz. Dabei muss die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit mit Augenmaß geschehen, denn die Nato hat kein Interesse an einer neuen Rüstungsspirale. Auch deshalb muss der oft schwierige Dialog mit Russland fortgesetzt werden, nicht zuletzt mit dem Ziel, Risiken zu minimieren und Transparenz auch im militärischen Bereich zu verbessern. Schließlich muss die Nato auch weiterhin beim Krisenmanagement Verantwortung übernehmen, vor allem bei der Fortsetzung der Unterstützung für Afghanistan. Zur Bewältigung all dieser Aufgaben bedarf es Solidarität und Einheit in der Allianz – wenn Warschau ein Gipfel der Einheit war, so muss auch Brüssel wieder ein starkes Signal der Geschlossenheit aussenden.

Dr. Hans-Dieter Lucas ist Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikrat.



Dr. Hans-Dieter
Lucas